Aus dem Reichsrat

Im Reichsrat wurde heute der Gesetzentwurf über die Beschäftigung der Schwerbeschädigten angenommen, wonach jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, einen Schwerbeschädigten, der für einen freigewordenen Arbeitsplatz frei geworden ist andern Bewerbern vorzuziehen. Außerdem ist der Arbeitsminister ermächtigt, anzuordnen, daß private Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die für Schwerbeschädigte besonders geeignet sind, freizuhalten haben. Angenommen wurde ferner ein Gesetzentwurf zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen im Auslande namentlich in den Ententeländern, wo Zweifel geäußert wurden, ob die deutsche Regierung mit der nötigen Tatkraft gegen Straftaten vorgehen werde, die von Deutschen gegen feindliche Staatsangehörige begangen worden sind, namentlich auch im besetzten Auslande. Diese Zweifel sind zwar unbegründet. Es erschien der Regierung aber aus politischen Gründen zweckmäßig, dies vor aller Welt klarzustellen. Darum schlägt der Gesetzentwurf vor, alle diese Taten der Zuständigkeit des Reichsgerichts zu unterstellen und den Oberreichsanwalt zu verpflichten, dagegen einzuschreiten, auch wenn sie im Ausland begangen worden sind. Angenommen wurde sodann eine Abänderung der Verordnung über die staatliche Genehmigung zur Errichtung von Aktiengesellschaften. Mit dem Gesetzentwurfe über den deutsch-polnischen Vertrag und der vorläufigen Regelung der Angehörigenfragen, dessen Inhalt aus der amtlichen Veröffentlichung bekannt ist, erklärte sich der Reichsrat einverstanden.

Monarchisten in Frankreich

Nach dem endgültigen Resultat der französischen Kammerwahlen ist festzustellen, daß die Wahlen vom 16. November nicht allein eine Niederlage der französischen Sozialisten, sondern auch einen Sieg der ausgesprochenen Feinde der republikanischen Staatsform in Frankreich bedeuten.

Denn nicht allein die 31 Konservativen sind als Monalisten zu betrachten, sondern auch die 69 Vertreter der Action Libérale. Letztere Partei besteht nämlich aus jenen Monarchisten, die in den 90er Jahren auf ausdrückliche Empfehlung des Papstes Leo XIII. unter der Fahnung des Grafen Albert de Mun sich verpflichteten, der Republik insofern keine Hindernisse in den Weg zu legen, als sie von einer tätigen Propaganda für den monarchistischen Gedanken fernerhin ablaßen. Dies geschah selbstverständlich nicht aus Ueberzeugung, sondern aus taktischen Gründen. In den letzten Jahren vor dem Kriege war diese Partei sehr unbedeutend geworden, und nun hat sie mit einem Schlage mit Clemenceaus Hilfe die Zahl ihrer Sitze mehr als verdoppelt. Mit den 31 Konservativen bilden sie einen recht ansehnlichen Block von genau 100 Abgeordneten, denen die Republik ein Greuel ist.

Aber nicht genug damit, der große Sieger dieser Wahlen ist jene Partei der Progressisten, die ebenfalls nur aus taktischen Gründen keine tätigen Gegner der Republik waren, aber nach ihrer ganzen Vergangenheit bei etwas verschobenen Parteiverhältnissen jederzeit auch anders könnten. Man nennt sie daher auch die „Opportunisten"! Die Progressisten haben mit „Fortschritt" ebensowenig zu tun wie die Action Libérale mit dem Liberalismus. Sie sind nicht allein nationalistisch, sondern auch klerikal gesinnt. Ihre Glanzzeit war die Dreifußperiode, wo sie unter Führung des damaligen Ministerpräsidenten Méline eine Politik betrieben, die ohne den heldenhaften Widerstand von Zola, Jaurès und — Clemenceau unrettbar in die Militärdiktatur gemündet hätte.

Auch diese Partei war bis zum Regierungsantritt Poincarés sowohl zahlenmäßig wie auch faktisch verhältnismäßig unbedeutend. Bei den wirklichen Republikanern wurde sie als republikanisch unzuverlässig angesehen. So trat Briand Ende 1910 nach einem Vertrauensvotum der Kammer zurück, weil dieses zwar zahlenmäßig für ihn günstig ausgefallen war, aber weil er sich weigerte, letztere als Bestandteil der republikanischen Mehrheit anzuerkennen. Erst unter Poincaré wurden sie zur Mitarbeit an der Regierung herangezogen.

Jetzt haben die Progressisten die Zahl ihrer Mandate mehr als verdoppelt. Der jetzt zum Minister des öffentlichen Unterrichts neuernannte Abgeordnete Dubois gehört zu ihnen und ist außerdem ein fanatischer Katholik. Daß dieser Mann dazu berufen ist, an der Spitze der weltlichen Schule zu stehen, ist ein sehr bedenkliches Zeichen der neuen reaktionären Zeit.

Das sind allein 233 Abgeordnete, die man vor dem Kriege als Feinde der Republik betrachtet hätte. Der republikanisch unbedingt zuverlässige Gegenblock besteht hingegen nur aus 70 Sozialisten, 140 Radikalen, 27 Republikanischen Sozialisten und 133 sogenannten Linksrepublikanern. Diese letzteren, die Leibgarde Poincarés, sind in den letzten Jahren immer mehr ins reaktionäre Fahrwasser geraten. Einstweilen können sie noch als Stützen der demokratischen Staatsform gelten. Sollte aber bei den unvermeidlich kommenden sozialen Kämpfen der Kapitalismus in einer Militärdiktatur die einzige rettende Lösung erblicken, dann würde wohl auch der größte Teil von ihnen die demokratischen Grundsätze über Bord werfen. Auf der andern Seite weigern sich bereits die Wortführer der Sozialistischen Partei ganz entschieden und aus Gründen des reinen Klassenkampfes, eine Frontgemeinschaft mit der bürgerlichen Linken gegen die Gefahr von rechts zu bilden. Alles in allem kann man zwar von einer unmittelbaren Gefahr für die republikanische Staatsform in Frankreich einstweilen noch nicht sprechen, aber die monarchistische Reaktion hat jedenfalls jenseits des Rheins ganz beträchtliche Fortschritte im Krieg und vor allem durch den Sieg der Entente gemacht.

„Proletarier"

Der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, Führer der Unabhängigen, spielte sich im Preußenhause wieder einmal als „Proletarier" auf, indem er erklärte, eine Einigung zwischen Unabhängigen und Sozialdemokraten sei nicht möglich, eine Einigung des Proletariats aber.

Wie ernst diesem Herrn Rechtsanwalt es mit seinem Proletariertum ist, verriet kurze Zeit darauf die sozialistische Zeitschrift Der Firn in Nr. 3 vom 1. November 1919. Dort wurde mitgeteilt, daß bei der Ernennung Gustav Bauers zum Reichskanzler Herr Rosenfeld zu seinem Mitproletarier, dem Rechtsanwalt Herzfeld, im Gange des Berliner Landgerichts ein ums andre Mal gerufen habe: „Der Bureauvorsteher Justav Bauer Reichskanzler!"

Daß ein so wenig proletarisches Gesellschaftswesen, wie es ein Bureauvorsteher ist, im proletarischen Deutschland Reichskanzler geworden ist, beschwerte augenscheinlich das Proletariergewissen Kurt Rosenfelds ganz ungemein.

Bissig fügte Der Firn hinzu: „Wärs noch ein armer Leder-Proletarier gewesen, wie der, in dessen Familie Kurt Rosenfeld hineingeheiratet hat — aus Liebe zum Proletariat —!" Rosenfeld ist nämlich der Schwiegersohn eines schwerreichen Lederindustriellen. Weiter wäre der Kritik des Firn nichts hinzuzufügen!

Die überlastete Justiz

Gestern stand in der Volkskammer der Zwischenetat des Justizministeriums zur Beratung und gab Anlaß zu einer ausgedehnten und zum Teil lebhaften Debatte. Sie wurde besonders durch die Tatsache wachgerufen, daß unsre Rechtspflege zur Zeit, infolge einer erschreckend starken Zunahme der Kriminalität, so stark überlastet ist, daß ein geordnetes Verfahren kaum noch möglich erscheint. Die Prozesse erfahren bereits außergewöhnliche Verzögerungen. Unerledigte Sachen türmen sich zu Haufen. Dabei wird verlangt, durch eine Häufung von Terminen an Verhandlungstagen dem übermächtigen Andrange einigermaßen gerecht zu werden. Es ist vergeblich gewesen; mit dem jetzigen Personal ist in der Justiz offenbar nicht mehr auszukommen. Eine wesentliche Vermehrung von Richter- und Beamtenstellen wird erforderlich, wenn die Rechtspflege nicht noch mehr ins Gedränge kommen soll.

Der Finanzausschuß der Volkskammer hat sich bereits eingehend mit den unhaltbaren Zuständen beschäftigt und auch Anträge beschlossen, die die Regierung in weitgehender und bestimmter Weise auf eine Vermehrung richterlicher Beamten festlegen sollte. Es zeigte sich aber, daß es nicht angängig war, die Regierung in solcher Weise zu binden, deshalb beschränkte sich die Volkskammer darauf, mehr im allgemeinen eine Vermehrung des Justizpersonals zu fordern.

Die Beratung im Plenum der Volkskammer eröffnete Justizminister Dr. Harnisch mit einer sehr eingehenden Schilderung der erwähnten Notlage. Gleichzeitig äußerte er sich auch zu dem gestern bereits an dieser Stelle mitgeteilten Antrage der Unabhängigen für Amnestie und Niederschlagung von Prozessen. Er lehnte die Forderung ebensowenig wie wir gestern grundsätzlich ab, meinte aber auch, daß die Verhältnisse dafür noch nicht reif seien und vorzeitige Amnestien die verbrecherischen Neigungen stärken müßten. Die Rede des Justizministers, der sich am Anfang und am Schluß seiner fast zweistündigen Ausführungen auch in bemerkenswerten allgemeinen Betrachtungen über die Rechtsprechung erging, hatte offenbar dem Unabhängigen Fleißner nicht gefallen. Er polemisierte dagegen und redete sich bald in eine förmliche Wut hinein, besonders als er in seiner klobigen Weise das Urteil im Marlohprozeß vor das nichtzuständige Forum der Volkskammer zog, was er mehr durch unnötigen Stimmaufwand als durch Argumente zu rechtfertigen suchte. Freilich kann man auch gegen die Rechtsprechung in Sachsen gewiß mit ebensolchem Rechte wie gegen das Urteil im Marlohprozeß Bedenken geltend machen. Das ist auch leicht erklärlich. Denn der ganze Apparat der Rechtspflege ist ja unter den alten reaktionären Staatsgewalten zu dem geworden, was er jetzt ist, und fast unverändert in das neue Staatswesen übergegangen. Auch die Gesetze haben nur erst in geringem Maße zeitgemäß reformiert werden können; unter den Richterpersönlichkeiten aber waltet zum größten Teil noch der Geist der Monarchie ohne Verständnis für die Anforderungen der neuen Zeit. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die alldeutschen Umtriebe zum großen Teil in den höheren richterlichen Beamten eine Stütze finden. Das aber muß in gebührender Weise berücksichtigt werden, wenn man gewisse Urteile der neuen Regierung anzukreiden versucht, wie es gestern von unabhängiger Seite geschah. Freilich für diese Seite sind Urteile, die sich aus solchen Uebergangsverhältnissen erklären, nur willkommene Vorwände zum kritischen Geleite gegen die Regierung.

Die gestrigen Verhandlungen zogen sich bis in die Abendstunden hin. Dabei wurden auch von sozialdemokratischer Seite gegenüber den unabhängigen Ignoranten die tatsächlichen Verhältnisse etwas beleuchtet, während ein konservativer Richter die schon erwähnte Ueberbürdung der Justiz mit Eifer schilderte, der gesteigert wurde durch die eignen unangenehmen Erfahrungen. Schließlich wurden die Mittel für die Justiz im kommenden Vierteljahre bewilligt, der Regierung Vollmacht für die erforderlichen Maßnahmen zur Milderung der Ueberlastung im Justizbetriebe erteilt und der unabhängige Antrag wegen Amnestie usw. abgelehnt.

Propaganda in Nordschleswig

Kopenhagen, 12. Dezember. Das Ministerium für Nordschleswigsche Angelegenheiten beabsichtigt, Propagandaversammlungen im Abstimmungsgebiet abzuhalten, in denen Lichtbilder über die Zustände in Dänemark vorgeführt werden sollen. Es hat zu diesem Zwecke eine Aufforderung an Privatleute und Gesellschaften erlassen, geeignete Aufnahmen zur Verfügung zu stellen.

Gegen chauvinistische Verhetzung

Der Staatskommissar für Schleswig-Holstein, Genosse Dr. Köster hat an die Bevölkerung des Abstimmungsgebiets einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt:

„In den letzten Wochen hat der Kampf um die Abstimmung eine Form angenommen, die den guten Namen der nordschleswigschen Bevölkerung in Gefahr bringt. Grobe Beschimpfung nationaler Andersdenkender und ihrer heiligsten Güter sind ebenso Kulturverfall wie körperliche Gewalttätigkeiten. Der Kampf um die Zukunft Nordschleswigs soll ein geistiger Kampf sein. Vergessen wir in diesem Kampfe niemals, daß wir auch nach der Abstimmung nebeneinander zu leben gezwungen sind. Ich fordere die große Masse der ruhigdenkenden Nordschleswiger noch im letzten Augenblick auf, gegen die übelwollende chauvinistische Verseuchung unsrer Heimat Front zu machen. Alle Behörden und Sicherheitsorgane des Abstimmungsgebiets sind angewiesen, sich jeden Eingriffs in politische Auseinandersetzungen zu enthalten. Gegen Ruhestörung und Gewalttätigkeiten wird rücksichtslos vorgegangen werden."

Der Luftverkehr mit Deutschland

Kopenhagen, 11. Dezember. Hier begann gestern eine Konferenz von Vertretern Skandinaviens, Hollands und der Schweiz, um über die Maßregeln zu beraten, die diese Staaten im Luftverkehr mit Deutschland treffen sollen. Die Konferenz wird über die Maßnahmen Beschluß fassen, die notwendig sind, um den Luftverkehr mit Deutschland aufrechtzuerhalten, auch wenn es nicht in den Völkerbund aufgenommen wird.

Die Kartoffelkrautfaser

Genosse Krätzig schreibt uns:

In einer der letzten Nummern der Volkszeitung wurde berichtet über Versuche, aus dem Kartoffelkraut eine Spinnfaser für die Textilindustrie zu gewinnen. In diesem Bericht wurden recht sanguinische Hoffnungen laut. Zu solchen Hoffnungen kann man kommen, wenn man zum ersten Male davon hört, daß in dem Kartoffelkraut, das meist verbrannt wird oder verfault, also als wertlos angesehen wird, ein wichtiger Rohstoff für die Textilindustrie steckt. Denn dieser Rohstoff steckt in der Tat darin. Trotzdem liegt kein Anlaß vor zu der Hoffnung, damit etwa der Textilindustrie den sehr begehrten Spinnstoff zuzuführen. Die im Kartoffelkraut befindliche, an sich durchaus gute Faser ist nämlich so spärlich vorhanden, daß die Aufschließungskosten nicht lohnen. Das Reichswirtschaftsministerium, an das die Leute herangetreten waren, die ein Verfahren zum Aufschließen von Kartoffelkraut besitzen wollten, hat im Laufe dieses Jahres Versuche auf technischer Grundlage unternehmen lassen, wobei sich ergab, daß dieses Aufschließungsverfahren wegen zu geringer Fasergewinnung unrentabel ist. Es werden etwa 1 bis 2 Prozent Faser gewonnen. Bei diesem geringen Ergebnis sind die Unkosten der Aufschließung derart hoch, daß die Faser für die Verarbeitung in der Textilindustrie viel zu teuer wird. Die Reichsstelle für Textilwirtschaft, die die genannten Aufschließungsversuche im Auftrage des Reichswirtschaftsministeriums anordnete, kam daher in ihrer letzten Sitzung zu dem Beschluß, die Akten über die Kartoffelfaserverschließung zu schließen da kein praktisches, für die Textilindustrie verwertbares Ergebnis zu erzielen war.

Zu demselben negativen Ergebnis sind auch andre sachverständige Versuche gekommen. Der frühere technische Leiter der Textilforschungsstelle in Forst, Herr Professor Dr. Herzog, der jetzt an dem Textilforschungsinstitut in Dresden wirkt, ist auf Grund eigener Versuche zu demselben Ergebnis gekommen. Herr Professor Dr. Herzog hat, bei verschiedenen Stadien des Aufschließungsverfahrens mikroskopisch auf der photographischen Platte festgehalten, und er konnte an interessanten Lichtbildern zeigen, wie gering die Fasern in dem Kartoffelstengel vertreten ist.

Es ist also auf die Kartoffelfaser keine Hoffnung zu setzen. Aber bei dieser Gelegenheit doch auch gleich einmal einige Sätze über das Rohstoffproblem der Textilindustrie überhaupt. Man macht sich im Volke natürlich gar keine Vorstellung von den enormen Schwierigkeiten, die der Textilindustrie Deutschlands hinsichtlich der Rohstoffversorgung im Wege stehen. Für den Verbrauch dieser im Auslande zu kaufenden Rohstoffe in Deutschland selbst ist ja das Fasermaterial geradezu fabelhaft teuer. Soweit wir die im Ausland gekauften Rohstoffe bei uns verarbeiten für die Wiederausfuhr, sind wir infolge unsres niedrigen Standes der Valuta ausgezeichnet konkurrenzfähig. Denn das fertige Produkt enthält doch nur in den seltensten Fällen mehr wie die Hälfte des Ausfuhrwertes an Rohstoffwert. Da und bei der Ausfuhr der den Rohstoffwert übersteigende Teil des Ausfuhrwertes auch in ausländischem Geldwert bezahlt wird, so steht sich unsre ausübende Textilindustrie sehr gut dabei; sie macht glänzende Geschäfte.

Ganz anders aber liegt es hinsichtlich desjenigen Teils der Textilindustrie, der seine ausländische Rohstoffe für den Inlandsmarkt verarbeitet. Da sind entweder die Preise der hergestellten Waren unerschwinglich hoch, oder es kann keine Fabrik, namentlich bei dem eingeschränkten Betriebe, auf die Kosten kommen. An dem Beispiel der Baumwollpreise sei dies gezeigt. Im Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre kostete ein englisches Pfund Baumwolle 122 Pf., heute etwa 450 Pf. Der Weltmarktpreis ist hier- bis fünfmal höher wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Nun hat aber unser Mark im Auslandshandelsverkehr heute nur noch etwa 10 bis 12 Pf. an Wert, so daß uns die Baumwolle pro englisches Pfund für unsern Inlandskonsum nicht 450 Pf., sondern acht- bis neunmal soviel, also 36 bis 45 Mark kostet. Wir haben im Jahre für den Jahresbedarf unsrer Baumwolle etwa 600 Millionen Mark auszugeben, wir würden für das volle Jahresquantum, bei einem Preise von 36 M. pro englisches Pfund, etwa 13500 Millionen Mark ausgeben müssen. Und wie bei der Baumwolle, so liegt es bei der Wolle, bei Seide und bei der Jute.

Man wird einsehen, daß es uns selbst dann, wenn wir nur die Hälfte des Bedarfs hereinnehmen würden, ganz unmöglich wäre, die nötigen Zahlungsmittel aufzubringen. Unsre Textilindustrie soll und muß aber wieder hoch kommen. Und da sie selber heute nicht darauf rechnen kann, daß sie die durch den im Ausland vollzogenen Verkauf andrer Waren gewonnenen Zahlungsmittel zum Bezahlen ihrer Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, so muß sie sich die erforderlichen Zahlungsmittel insoweit sie nicht Ausfuhrkredite zur Verfügung stellen, durch Waren eigener Erzeugung verschaffen. Sie muß sich allmählich durch die Ausfuhr in jeder Form unter die Fittiche schaffen.

Aber damit Hand in Hand müßte gehen eine bessere Förderung der einheimischen Fasererzeugung. Durch Anbaumaschinen des Moorgeländes und der Oedländereien könnten mehrere Millionen Hektar Ackerboden gewonnen werden. Von diesen könnte man insbesondere die Moorböden für die Hanfgewinnung nutzbar machen. Es liegen Versuche vor, daß Hanf auf Moorboden gut gedeiht und daß er obendrein ein gutes Mittel zur Reinigung des Bodens von Unkraut ist, ganz abgesehen von der Tatsache, daß uns der Hanf der in der Nieder- und sonst schon in der reichlichen Elen Länge von bis zu vier Meter gezogen wurde, eine erhebliche Menge Holz in seinen Schäben liefert. Man wird nun sagen, die Hanffaser kann uns aber doch die Baumwolle nicht ersetzen. Sie kann es aber doch; allerdings erst, nachdem sie in einem Kochprozeß entleimt und in die edle Faser aufgeschlossen worden ist. Das Verfahren dazu ist vorhanden. Die deutsche Hanfbau-Gesellschaft hat bereits das Verfahren erprobt; in der Jutefabrik zu Landsberg a. W. sind die Versuche dazu gemacht worden und sie sind gelungen. Bei der Verwollung, wie man die Veredelung der Hanffaser nennt, gehen etwa 20 bis 25 Prozent verloren. Trotzdem würden wir hier ein Spinnmaterial gewinnen, welches auch hinsichtlich der Preise geeignet ist, die Baumwolle zu ersetzen. Auch die Riedgrasfaser kann verwollt werden. Wir würden aus 100 Silozentnern Rohhanffaser 75 bis 80 Kilozentner verwollte Faser gewinnen und, wie man berechnet hat, zu einem Preise, der mit dem Preise für Baumwolle auch in annähernd normalen Zeiten wieder konkurrieren kann.

Nun ist allerdings zu sagen, daß mehrere Jahre vergehen werden, ehe wir soweit sind, daß die veredelte Hanffaser in der deutschen Baumwollindustrie eine Rolle spielt, und daß erst einmal große Summen erforderlich sind, um die Moore zu entwässern, die Hanfsamenzucht zu organisieren, dann genügend Aufbereitungs-, Röst- und Verwollungsanstalten zu schaffen. Aber wenn wir nicht damit beginnen, eine wirklich ausschlaggebende Rohstoffersatzquelle für unsre Textilindustrie in die Wege zu leiten, dann werden wir nicht vom Auslande unabhängig werden.

Man sollte daher in allen Volksversammlungen und in den Regierungen sofort daran gehen, das werbende Kapital für die Rohstoffersatzerzeugung der Textilindustrie sicherzustellen und zunächst an die Urbarmachung der Moore und Oedländereien herangehen.

Wie mir beim Niederschreiben dieser Zeilen noch von einem in der deutschen Hanfbaugesellschaft tätigen Herrn mitgeteilt wird, werden auch Versuche der Gesellschaft gemacht, die Hanffaser durch weitere Veredelung dahin zu gestalten, daß sie auch als Ersatz für Wolle dienen kann. Aber selbst wenn das letztere Ziel nicht erreicht werden sollte, das erstere ist erreicht, und es gilt nun endlich Ernst mit der Sache zu machen, um in großzügiger Weise an die Ausnutzung der erfolgreichen Versuche zu gehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191212/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG